



## Wesentliche Ergebnisse des Rats der Innenminister am 13.10.2016

### *Beratungen über Asylpaket dauern an, Verordnung zu einem neuen europäischen Reisedokument wurde verabschiedet*

Am 13.10.2016 traf sich der Rat der Innenminister in Luxemburg, im Mittelpunkt der Tagung stand die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Die slowakische Präsidentschaft präsentierte dazu einen Sachstandsbericht. Die Minister billigten den darin vorgeschlagenen Ansatz: a) Sich auf die Prüfung der EURODAC-Verordnung und der Verordnung über die Asylagentur der EU zu konzentrieren, um bis Ende des Jahres Fortschritte im Hinblick auf eine allgemeine Ausrichtung des Rates zu erzielen, b) gleichzeitig Beratungen über die Dublin-Verordnung und die Verordnung über Asylverfahren, die Richtlinie über die Aufnahmebedingungen sowie die Anerkennungsverordnung abzuhalten, und c) gleichzeitig die fachliche Prüfung der Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die Neuansiedlung in der Union in die Wege zu leiten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) begrüßte diese Vorschläge grundsätzlich, wies aber auch darauf hin, dass eine Behandlung aller Gesetzesvorschläge im Paket wichtig sei, alle Rechtsakte müssten zügig weiterverhandelt werden.

Der Rat führte im Anschluss eine Aussprache über die Vorschläge zur Änderung der EURODAC-Verordnung und zur Verordnung der Asylagentur der EU. Die Minister unterstützten einen einfacheren und umfassenderen Zugang der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden zur EURODAC-Datenbank, damit diese Daten möglichst wirksam zur Prävention von Terrorismus und anderer entsprechender Sicherheitsbedrohungen verwendet werden können. Der nach den geltenden Vorschriften mögliche Zugang werde als kompliziert und die Liste der zugangsberechtigten Behörden als zu restriktiv betrachtet. Umstritten blieb die Frage nach der Gewährung und dem Umfang von Kontrollbefugnissen.

Hinsichtlich der geplanten Aufwertung des Asyl-Unterstützungsbüros (EASO) zu einer Agentur hielten einige Delegationen den Aufgabenbereich für zu weitgehend. Außerdem wurden von einigen Ländern mehr Beteiligungsrechte der Mitgliedstaaten gefordert.

Hinsichtlich des geplanten Neuansiedlungsprogramms gab es im Rat keine Klarheit. Ziel des Vorschlags für einen Neuansiedlungsrahmen ist es, die Neuansiedlungspolitik der Union durch ein gemeinsames, harmonisiertes Konzept, das an eine einheitliche Vorgehensweise gekoppelt ist, zu unterstützen. Dazu wird vorgeschlagen, einen Neuansiedlungsrahmen der Union für die Neuansiedlung von Personen, die internationalen Schutz benötigen, einzurichten. Betroffen sind derzeit vor allem syrische Flüchtlinge in der Türkei. Der Rat führte hierüber eine Aussprache. Eine Einigung zeichnete sich nicht ab, es wurde vielmehr deutlich, dass sich eine Reihe von Staaten an diesem Neuansiedlungsmechanismus grundsätzlich nicht beteiligen will.

Der Rat hat hingegen erfolgreich eine Verordnung verabschiedet, mit der ein einheitliches europäisches Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger eingeführt wird und insbesondere dessen Format, Sicherheitsmerkmale und technische Spezifikationen festgelegt werden. Künftig soll dadurch die Rückführung von Drittstaatsangehörigen erleichtert werden, die sich illegal in der EU aufhalten. Durch das neue Reisedokument sollen sich zudem der administrative und bürokratische Aufwand und die Dauer der Verwaltungsverfahren, die für die Gewährleistung der Rückkehr und Rückübernahme illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger erforderlich sind, verringern. Am 15.09.2016 hatte bereits das Europäische Parlament dem Vorschlag zugestimmt, der die Abschiebung in Herkunftsstaaten erleichtern soll, welche die Rücknahme eigener Staatsangehöriger verweigern.

Im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit nahmen die Minister den Fünfjahresbericht der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL) zur Kenntnis und nahmen Ratsschlussfolgerungen zur Aktualisierung des „EU-Fußballhandbuchs“ an. Dieses enthält unter anderem Regelungen zur Aufteilung von Kosten, die beim Einsatz ausländischer Polizeidelegationen anfallen, sowie Vorschläge zur Prävention von Gewaltausschreitungen und Störungen. Die Minister nahmen zudem

## Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Durchführungsbeschlüsse mit Empfehlungen zur Beseitigung von Mängeln bei der Umsetzung des Schengen-Besitzstandes in Dänemark, Luxemburg, Liechtenstein und den Niederlanden an. Außerdem stimmten die Minister dem Abschluss eines Abkommens über strategische Kooperation zwischen dem Ministerium für öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China und der EU-Polizeibehörde Europol zu.

Weiterführende Informationen:

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2016/10/13-14/>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12726-2016-INIT/de/pdf>

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/10/13-european-travel-document-for-return/>